

Editorial

Autor(en): **Grob, Ronnie**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **99 (2019)**

Heft 1070

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

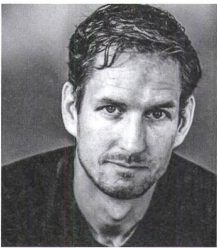
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Editorial

«Die Politik muss den Menschen Steine aus dem Weg räumen, sie befähigen und fördern, damit sie mit den heutigen Herausforderungen umgehen können.»

Petra Gössi, FDP-Präsidentin, im Interview mit dem «SonntagsBlick» vom 25. August 2019



Ronnie Grob
Chefredaktor

Der wirtschaftsliberal und eigenverantwortlich gesinnte Wähler hat es nicht einfach bei den Parlamentswahlen am 20. Oktober: Die FDP will den Bürgern neuerdings nicht nur Steine mit politischen Mitteln aus dem Weg räumen. Sie hat sich über den Sommer in eine Position manövriert, die bereits die Grünen und Grünliberalen eingenommen haben, und befürwortet in der Klimapolitik verschiedenste staatliche Eingriffe: etwa eine Lenkungsabgabe auf Flugzeugtickets und auf fossilen Treibstoffen, CO₂-Grenzwerte für Heizsysteme, Sanktionierungen für das Verfehlen von CO₂-Zielwerten. Werden jene, die staatliche Eingriffe in die Klimapolitik befürworten, nicht gleich die Originale dafür wählen, die Grünen und die Grünliberalen? Man wird es sehen. Radikalliberale Parteien wie «Up» werden kaum einen Kandidaten ins Parlament bringen. Wähleranteile verlieren werden wohl auch konservative Parteien wie die CVP und SVP – letztere hat sich, wie in den letzten 30 Jahren immer, grosse Mühe gegeben, Mitte-Wähler mit fragwürdigen Plakaten abzuschrecken (mehr dazu ab S. 24).

Beachtenswert ist auch, wie sich auf dem Schlachtfeld der Begriffe die Positionen verändert haben. Als «liberal» gilt heute längst nicht mehr nur, wer private, eigenverantwortliche Lösungen den per Zwang gemeinschaftlich finanzierten Lösungen vorzieht. Der «Smart-spider» der Internet-Wahlhilfe Smartvote.ch ist dafür ein guter Beleg: Bei der Beantwortung der Frage «Befürworten Sie eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Frauen und Männern?» führt ein «Ja» zu einem Plus bei «Liberale Gesellschaft» und ein «Nein» zu einem Plus bei «Liberale Wirtschaftspolitik». Wer eine Ausweitung staatlicher Kontrolle befürwortet, darf sich also gemäss Smartvote als Liberaler sehen. Nur nicht als Wirtschaftsliberaler.

Sehr erfolgreich darin, den Begriff «liberal» für sich zu nutzen und immer neue Subventionen an immer neue Bevölkerungsgruppen als «Chancengesellschaft» zu verkaufen, ist die von den meisten Medien sehr wohlwollend mit Aufmerksamkeit überhäufte Bewegung Operation Libero. Welche Kandidaten Operation Libero zur Wahl empfiehlt, kann man sich auf Wandelwahl.ch ansehen, und man gerät darüber ins Staunen. Eine ausgesprochen antiliberalen Wirtschaftspolitik, mit Smartspider-Werten von zum Teil deutlich unter 25 (von 100), befürworten 11 von 41 von Operation Libero ausdrücklich zur Wahl empfohlenen Kandidaten: 6 von den Grünen, 4 von der SP und eine vom Bündnis Basta! Vielleicht braucht's für sie eine neue Begriffskategorie: «antimarktwirtschaftliche Liberale». ◀